

ES IST NICHT KOMPLIZIERT

10 KURZE TEXTE UM DIE BESATZUNG PALÄSTINAS ZU VERSTEHEN

Copyright 2024 by Thawra Hamburg und watermelon art collective

**Dieses Heft ist in kollektiver und kollaborativer Arbeit entstanden.
Die Autor*innen dieses Heftes bleiben unbenannt. Ihr Kampf findet
unabhängig von persönlicher Anerkennung oder öffentlicher
Präsenz statt.**

INHALTS- VERZEICHNIS

- I. JENSEITS DER EMPÖRUNG
- II. LAGE IN GAZA
- III. SITUATION VON FRAUEN IN GAZA
- IV. SITUATION VON MENSCHEN MIT
BEHINDERUNG IN GAZA
- V. LAGE IN DER WEST BANK
- VI. SIEDLUNGEN
- VII. ADMINISTRATIVHAFT
- VIII. DIE DEUTSCHE BETEILIGUNG
AM GENOZID
- IX. APARTHEID
- X. LAGE IM LIBANON
- XI. QUELLENVERZEICHNIS

6

12

16

20

22

26

28

30

36

38

42

I.

JENSEITS DER EMPÖRUNG

In regelmäßigen Abständen erscheint der sogenannte „Nahostkonflikt“ auf den Bildschirmen Westeuropas. Meistens sind es Momente vermeintlich ausschweifender Gewalt, wie 2014 oder 2021 in Gaza, die es aus der Matrix heraus schaffen, für kurze Zeit Aufmerksamkeit und Empörung für die Zustände in Palästina zu erzeugen. Nach der Empörung stellt sich Stille ein und der israelische Staat, samt seiner Proxy-Armee aus bewaffneten Siedler*innen, widmet sich wieder seinem Tagesgeschäft: der kolonialen Unterdrückung Palästinas.

Wenn nicht über die Beschaffenheit des historischen Projekts Israel gesprochen wird, ist es schwierig zu verstehen, welche Form von chronischer Gewalt auf das Leben von Palästinenser*innen einwirkt. Wenn koloniale Herrschaft nicht benannt wird, ist es fast unmöglich Empathie für die Verletzung und Sympathien für den Widerstand von Palästinenser*innen zu entwickeln. Deshalb sprechen wir notwendigerweise von der Siedlerkolonie Israel.

KOLONIALISMUS UND SIEDLERKOLONIALISMUS

Kolonialismus ist als ein System bekannt, das sich durch die systematische Migration von Europäer*innen in Territorien des globalen Südens, um diese zu beherrschen und materiell auszubeuten, kennzeichnet. In der europäischen Geschichtserzählung seien diese Territorien ‚unentdeckt‘ oder ‚unbeansprucht‘ gewesen, weswegen eine Aneignung und Enteignung durch die kolonisierende Macht nicht illegitim schien. Das Märchen der ‚Unentdecktheit‘ wird an vielen kolonialen Standorten erzählt. Auch die Entwicklung einer rassistischen Erzählung ist sinnstiftend für den Kolonialismus, denn die Legitimation der unrechten Herrschaft erfolgt über die Abwertung und Entmenschlichung der zu beherrschenden Gruppe.

Der Siedlerkolonialismus ist eine besondere Ausprägung des Kolonialismus. Anders als der klassische Kolonialismus verwirklicht er nicht in erster Linie die Eroberungs- und Beherrschungsfantasien der europäischen Mutterkolonie, sondern arbeitet mit der systematischen Ansiedlung von Menschen, die nach dem kolonialen Narrativ über ein natürliches und angeborenes Recht auf Existenz an einem bestimmten Ort verfügen. Somit werden die Vertreibung, Enteignung und Ermordung der indigenen Bevölkerung gerechtfertigt. Die Existenz eines Staates oder einer Nation, die als Mutterkolonie fungiert, ist nicht mehr nötig. So gilt beispielsweise die Kolonisierung Nordamerikas als klassischer Siedlerkolonialismus.

Die Geschichte der Siedlerkolonie Israel beginnt weit vor 1948 und ist unmittelbar mit der Ideologie des Zionismus verwoben. Ende des 19. Jahrhunderts beginnen unterschiedliche zionistische Organisationen, wie die Jewish Colonization Association oder die Alliance Israélite Universelle, mit dem systematischen Ankauf von Land und

Boden zur Besiedlung im historischen Palästina und in Südamerika. Durch antijüdische und antisemitische Pogrome um 1881 in Europa intensivierte sich der Wunsch nach Auswanderung europäischer Jüdinnen*Juden. Die meisten emigrierten nach Nordamerika, wo sich auch heute die größte jüdische Community befindet.

Gleichzeitig verfolgten Institutionen wie die Palestine Commission, die Anglo-Palestine Bank und der Jewish National Fund weiterhin das Ziel, Palästina als Ort der jüdischen Emigration vorzubereiten, um die tanachische Alija und somit die Rückkehr ins Heilige Land zu vollziehen. Durch die Erschaffung landwirtschaftlicher Kolonien in Form von Kibbuzen konnten europäische Migrant*innen in die neue Kolonialgesellschaft integriert werden, in der viele das erste Mal Hebräisch lernten. In den Gründungsmythen der neu entstandenen jüdisch-europäischen Gesellschaft in Palästina fand die Existenz von Araber*innen keinen Platz. Ihre historische Präsenz wurde negiert, wie auch an anderen kolonialen Schauplätzen, beispielsweise in Nordamerika.



DIE ZENTRALITÄT DER SIEDLUNG

Anfang des 20. Jahrhunderts formulierten die Einwander*innen in Palästina ein weiteres Selbstverständnis: „Siedlung – Arbeit – Wacht“, dieses beinhaltete nun neben der Ansiedlung jüdischer Einwander*innen auch das Element der Verteidigung. Das Narrativ der Selbstverteidigung entstand keinesfalls erst aus der Erfahrung der Shoa, sondern war wesentlich früher ein festes Element zur Erhaltung der Kolonialgesellschaft. So war bereits lange vor der Gründung des Staates die Grundlage für die Kolonisierung Palästinas durch europäische Jüdinnen*Juden gelegt.

Bereits 1950, zwei Jahre nach der Staatsgründung, verabschiedete die Knesset das Rückkehrgesetz, welches Personen jüdischer Herkunft und deren Ehepartner*innen, egal welcher Nationalität, das Einwanderungsrecht nach Israel garantiert. Die meisten Menschen, die durch das Rückkehrgesetz nach Israel einwandern, beziehen Wohnungen und Häuser in völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland oder nutzen das Eigentum vertriebener und entrechteter Palästinenser*innen. Somit ist die Zentralität der Siedlung als Garantie für die territoriale Beherrschung Palästinas die notwendige Voraussetzung, um Israel als Siedlerkolonie zu identifizieren.

II.

LAGE IN GAZA



Laut der UN sind in Gaza seit Beginn der Bombardierungen durch das israelische Militär im Oktober 2023 mindestens 43.061 Menschen getötet worden. Mindestens 689 Personen wurden in der Westbank ermordet. In dieser Zeit wurden unzählige Kriegsverbrechen begangen, die von Organisationen wie Human Rights Watch und Amnesty International, aber auch durch die Vereinten Nationen und den Internationalen Gerichtshof verurteilt werden.

Die kollektive Bestrafung der Bevölkerung Gazas äußert sich in flächendeckenden Bombardements, aber auch in der Vorenthaltung lebenswichtiger Güter durch Blockaden und der gezielten Zerstörung von Infrastruktur wie Wasseraufbereitungsanlagen. Des Weiteren sind zahlreiche Fälle von Hinrichtungen unbewaffneter Zivilisten bekannt.

Besonders gefährdet sind Journalist*innen und medizinisches Personal, die immer wieder in gezielten Angriffen getötet werden. So wurden z.B. die Sanitäter, die in Koordination mit der Armee die sechsjährige Hind Rajab evakuieren sollten, im Rettungswagen bombardiert und getötet. Hind Rajab wurde durch das israelische Militär ermordet: das Auto, in dem sie sich gemeinsam mit ihrer bereits ermordeten Familie befand, wurde mit 335 Schüssen durch das israelische Militär angegriffen. Ebenso werden Palästinenser*innen von Soldat*innen als menschliche Schutzschilde missbraucht, gefoltert und auch in von Israel bestimmten „safe zones“ massenhaft getötet. Die Aufarbeitung all dieser Verbrechen wird voraussichtlich noch Jahre andauern. Rechtswidrige Angriffe des israelischen Militärs im Gazastreifen füh-

KRIEGSVERBRECHEN

ren zu massiven Opfern unter der Zivilbevölkerung und der Auslöschung ganzer Familien. Amnesty International hat mehrere Angriffe des israelischen Militärs auf Rafah im Süden des Gazastreifens untersucht. Davon wurden drei im Dezember 2023 nach Ende der humanitären Feuerpause, eine im Januar 2024 und drei im April 2024 untersucht. Bei diesen Angriffen im damals angeblich «sichersten» Gebiet des Gazastreifens wurden mindestens 130 Zivilist*innen getötet, fast die Hälfte von ihnen Kinder. Alle sieben Angriffe waren mutmaßlich direkte Angriffe auf Zivilist*innen und zivile Objekte und müssen als Kriegsverbrechen untersucht werden.

Auch das Gesundheitswesen in Gaza wurde systematisch zerstört. Über 500 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen wurden von der UN verzeichnet. Mobile Krankenhäuser wurden mehrfach dazu genötigt, ihre Standorte aufzugeben, Krankenwagen wurden bombardiert und Hilfslieferungen mit lebensrettenden Gütern zurückgehalten.

Exemplarisch für die gezielte Bestrafung und Vernichtung der gesamten Bevölkerung Gazas sind Israels weitreichende Lieferbeschränkungen. Fehlende Sicherheitsgarantien und die anhaltende Blockade der Wasser- und Stromversorgung behindern den Zugang der Bevölkerung zu Nahrungsmitteln, während die unablässige Gewalt die Situation verschärft. Ca. 1,1 Millionen Menschen in Gaza befinden sich aktuell in Hungersnot.

Besonders stark betroffen sind Kinder, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderungen, die am Meisten unter der katastrophalen Lage in Gaza leiden. Die israelische Regierung setzt das Aushungern der Zivilbevölkerung im besetzten Gazastreifen als Methode der Kriegsführung ein, was ein Kriegsverbrechen darstellt, so Human Rights Watch. Die israelischen Streitkräfte blockieren absichtlich die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln und Treibstoff, behindern vorsätzlich humanitäre Hilfe, zerstören landwirtschaftliche Flächen und verhindern den Zugang der Zivilbevölkerung zu überlebenswichtigen Gütern.

Für mehr Wissen: Human Rights Watch „Aushungerung als Kriegswaffe in Gaza eingesetzt“, 18. Dezember 2023.

Integrated Food Security Phase Classification (IPC) „Famine Review Committee: Gaza Strip“, 01. März 2024.

Amnesty International „Weitere Belege für Kriegsverbrechen in Gaza: 44 Zivilpersonen durch israelische Luftangriffe getötet“, 27. Mai 2024.

WDR „Folter-Vorwürfe: Inside Israels Haftlager“, 23.05.2024.

III.

SITUATION VON FRAUEN IN GAZA

Frauen kommt in Kriegen und bewaffneten Konflikten eine Sonderrolle zu. Sie sind neben der zerstörerischen Gewalt durch das Militär und dessen Waffen auch geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt und gehören somit zu den besonders verletzlichen Gruppen bewaffneter Konflikte.

Berichte über sexuelle Übergriffe und sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen, die von den Besatzungstruppen inhaftiert werden, häufen sich. Gleichzeitig schweigt die Mehrheit der betroffenen Frauen über ihre Erfahrungen, aus Scham und Angst vor gesellschaftlichem Ausschluss.

Laut dem UNFPA – dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen – mussten bis zum 2. Oktober 2024 fast 1,9 Millionen Menschen in Gaza, also 9 von 10, mindestens einmal innerhalb Gazas fliehen. Unter ihnen befinden sich schätzungsweise 50.000 schwangere Frauen. Aufgrund der starken Überbelegung in den wenigen Unterkünften stehen sie vor schwerwiegenden Herausforderungen in der hygienischen und medizinischen Versorgung. Frauen und Mädchen sind einem erhöhten Risiko für Infektionen und Krankheiten ausgesetzt, aber auch für Gewalt.

Schwangere und Erstgebärende sehen sich aufgrund des fehlenden Zugangs zu Gesundheitsdiensten für Mütter und Neugeborene zunehmend Gesundheitsrisiken ausgesetzt, die durch hohe Raten an Unter- und Mangelernährung noch verstärkt werden.

Gleichzeitig erleben die Palästinenser*innen in der Westbank und in Ostjerusalem ein alarmierendes Ausmaß an anhaltender Gewalt. Bewegungseinschränkungen hindern die Zivilbevölkerung daran, Schulen, Arbeitsstätten, Familien und Gesundheitsversorgung zu erreichen – darunter 73.000 schwangere Frauen.

Am 23. Januar 2024 berichtete das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinenser*innen, UNRWA, dass bis dahin fast eine Million Frauen und Mädchen vertrieben worden waren und mehr als 17.000 Frauen und Kinder im Gazastreifen getötet wurden. Die Unterkünfte für Binnenvertriebene sind unerträglich überfüllt und bieten wenig oder keine Privatsphäre, insbesondere für Frauen und Mädchen. Im UNRWA Khan Younis Training Center (KYTC), einer der größten Unterkünfte im südlichen Gazastreifen, leben beispielsweise 40.000 Binnenvertriebene, und es gab 140 Geburten seit Kriegsbeginn. In Rafah teilen sich aufgrund der Überbelegung mehr als 480 Menschen eine einzige Toilette.

Nach Angaben des UNRWA warteten zu diesem Zeitpunkt mehr als 690.000 menstruierende Frauen auf Menstruationshygieneartikel, sauberes Wasser, Toiletten und Privatsphäre. Die israelischen Streitkräfte zerstörten auch die größte Kinderwunschklinik Gazas, in der bis zu 3.000 Embryonen untergebracht waren.



IV. SITUATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IN GAZA

Menschen mit Behinderungen sind in Kriegszeiten besonders gefährdet. Oft sind sie auf Unterstützung angewiesen, um sich in Sicherheit zu bringen oder sich langfristig selbst zu versorgen. Da Fluchtrouten selbst für nicht-behinderte Menschen enorme Herausforderungen darstellen, ist anzunehmen, dass die Überlebenschancen von Menschen mit Behinderungen in Kriegen deutlich unter denen ihrer nicht-behinderten Mitmenschen liegen. In Evakuierungsplänen werden Menschen mit Behinderung nicht mitgedacht, oft bleiben sie und ihre Angehörigen zurück. In Gaza kommt dies einem Todesurteil gleich. Vor Oktober 2023 lebten in ca. 21% der Haushalte in Gaza mindestens eine Person mit Behinderung. Seit Oktober 2023 hat die Anzahl von Menschen mit Behinderung in Gaza rapide zugenommen. Grund hierfür sind unter anderem Amputationen, die wegen schwerer Verletzungen durch Angriffe des israelischen Militärs vorgenommen werden müssen.

Im September 2024 veröffentlichte Human Rights Watch einen umfassenden Bericht über Kinder mit Behinderungen während der israelischen Angriffe auf Gaza. Der Bericht zeigt, dass Kinder mit Behinderungen und chronischen Gesundheitsproblemen monatelang keinen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten hatten, darunter Kinder mit zerebraler Lähmung, die täglich Antiepileptika benötigen. Es wurde festgestellt, dass Amputationen eine der häufigsten Verletzungen durch den Einsatz von Explosivwaffen in Gaza sind.

Human Rights Watch betont, dass die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Israel 2012 ratifiziert hat, die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Sicherheit von Menschen mit Behinderungen in bewaffneten Konflikten zu ergreifen. Die Versorgung behinderter Menschen in Gaza ist fast unmöglich. Neben dem Mangel an medizinischen Hilfsgütern sind es vor allem Sicherheitsrisiken, die verhindern, dass betroffene Personen Kliniken oder Unterkünfte aufsuchen können.

Im Mai 2024 stellte der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen fest, dass von den 58.000 Menschen mit Behinderungen in den besetzten Gebieten Palästinas die meisten Kinder, ältere Menschen und Frauen sind.

V. LAGE IN DER WEST BANK

Israel verfügt in der illegal besetzten West Bank über weitreichende Kontrolle. So verweigerte Israel im Januar 2023 die Auszahlung von Steuern, die es im Namen der palästinensischen Behörde eingezogen hatten. Als Folge entstand ein Finanzdefizit, das die Armut verschärfte und es unmöglich machte, die Löhne der Arbeiter*innen des öffentlichen Dienstes auszuzahlen. Dieses Beispiel veranschaulicht gut, mit welcher Willkür Israel Herrschaft in der West Bank ausüben kann.

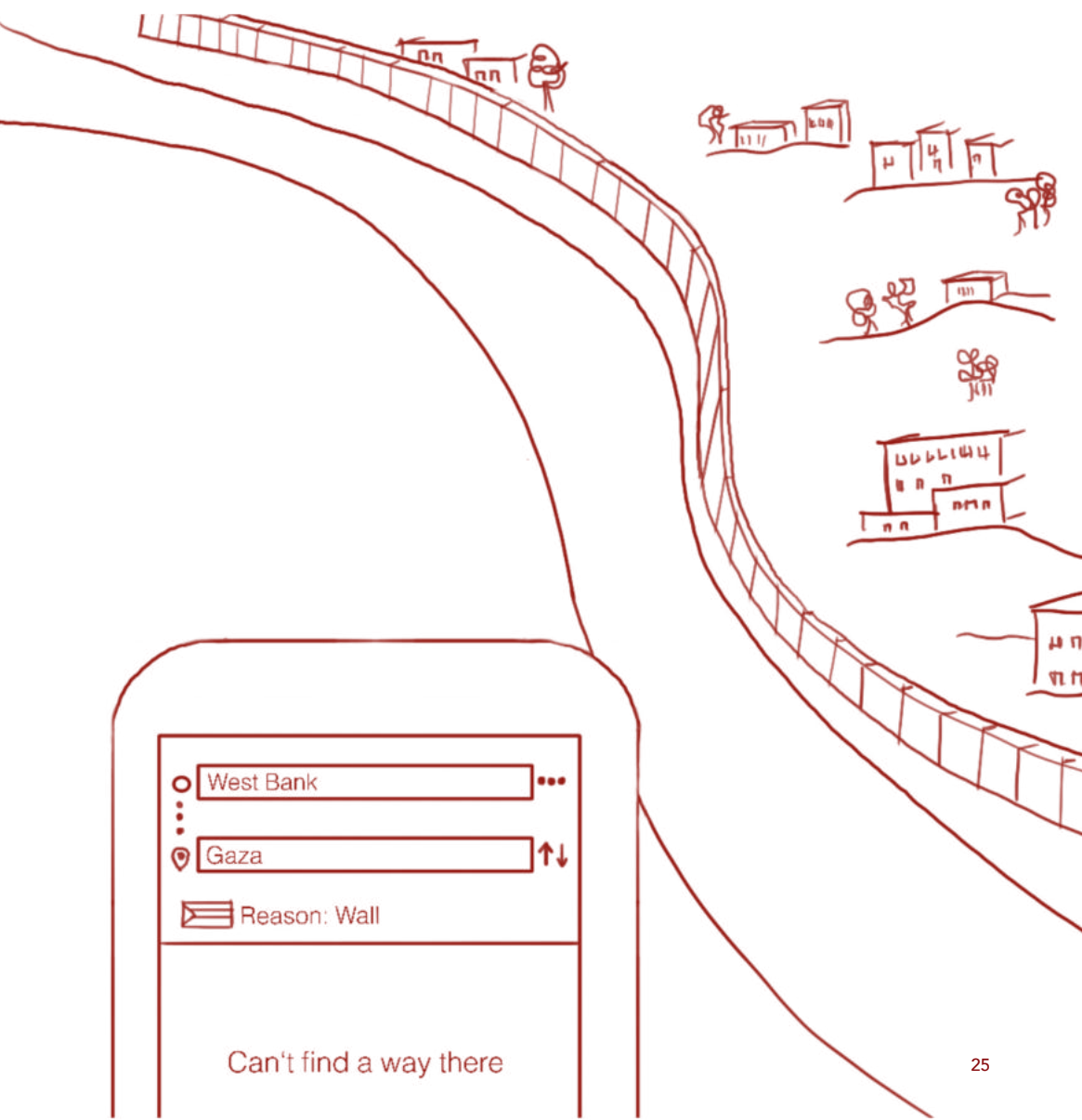
Der Zustand der Apartheid wird in der West Bank besonders spürbar. Mauern und illegale Siedlungen zerteilen das Land in kleine, kontrollierbare Abschnitte. Der Zugang zu Ressourcen wie Wasser und Strom wird entweder aktiv verhindert oder stark kontrolliert. So ist beispielsweise das Sammeln von Regenwasser in den meisten Teilen der West Bank per Militäranordnung verboten. Das Militär zerstört dazu regelmäßig Regenwasser-Zisternen.

Zwangsumsiedlungen, die Einschränkung von Bewegungsfreiheit, die Verweigerung der Nationalität, die Verweigerung des Asylrechts, die illegale Aneignung von Land bei gleichzeitiger Enteignung der palästinensischen Bevölkerung und schließlich die Tötung von Palästinenser*innen stehen auf der Tagesordnung in der West Bank. Des Weiteren ermöglicht seit 2022 ein Gesetz, Palästinenser*innen die Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen, wenn diese den Tatbestand des „Bruchs der Loyalität gegenüber dem Staat“ erfüllen.

Mit dieser Begründung wurde dem Menschenrechtsverteidiger Salah Hammouri 2022 der Aufenthaltsstatus entzogen.

Siedler*innen stellen vermutlich die größte unmittelbare Gefahr für die Bewohner*innen der West Bank dar. Die Gewalt durch Siedler*innen wird durch das Militär gebilligt, wenn nicht aktiv unterstützt. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die Lage weiter verschärft. Seitdem sind mindestens 622 Palästinenser*innen von Militär und Siedler*innen getötet worden, darunter mindestens 142 Kinder. Somit war 2023 das tödlichste Jahr für die Bevölkerung der West Bank seit 1967. Daraufhin begann Israel Ende August die weitreichendste und tödlichste Militäroperation seit 22 Jahren in der West Bank, bei der gezielt Infrastruktur wie Straßen, Schulen und medizinische Versorgung zerstört und/oder schwer beschädigt sowie Bewohner*innen vertrieben wurden. Auch Angriffe durch illegale Siedler*innen haben zugenommen. Diese beinhalten Einschüchterung und Bedrohung, Brandstiftung, Zerstörung von Häusern, Vergiftung von Nutztieren, körperliche Gewalt und Tötung. Die israelische Regierung verteilt nachweislich Waffen an diese Siedler*innen, die für die Einschüchterung, Bedrohung, und Ermordung von Palästinenser*innen genutzt werden. Das Ziel ist die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, indem das Leben in den besetzten Gebieten unmöglich gemacht wird.

Die UN-Generalversammlung hat in einer Abstimmung am 18. September 2024 erneut bestätigt, dass Israel seine Präsenz und Kontrolle in den besetzten Gebieten umgehend beenden muss. Dies beinhaltet das Rückkehrrecht für vertriebene Palästinenser*innen sowie die Rückgabe aller beschlagnahmten Grundstücke, Güter und Ressourcen. Der illegale Siedlungsbau muss gestoppt werden und alle Siedler*innen müssen die Gebiete verlassen.



○ West Bank ...

📍 Gaza ↑↓

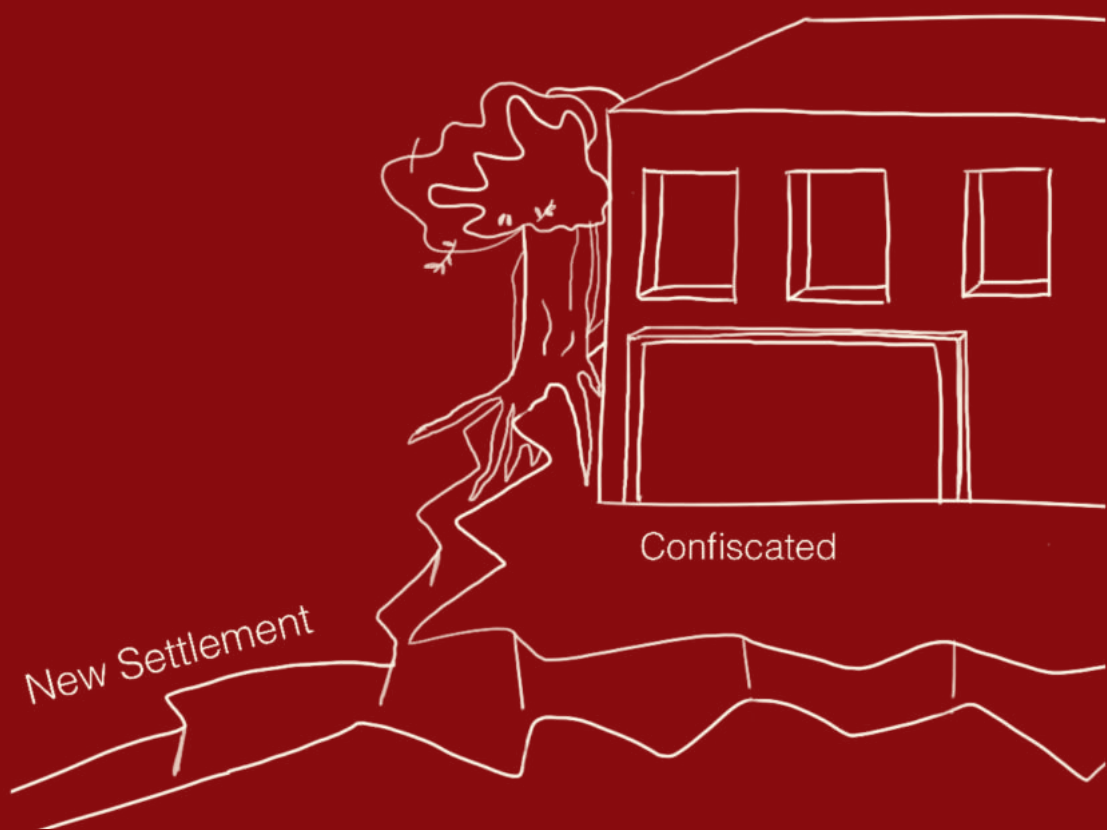
🚩 Reason: Wall

Can't find a way there

VI. SIEDLUNGEN

Alle israelischen Siedlungen in Palästina sind nach internationalem Recht illegal und somit völkerrechtswidrig. Während des Sechstageskrieges im Jahr 1967 besetzte Israel neben Ost-Jerusalem das Westjordanland und den Gazastreifen, auch die Golanhöhen und die Halbinsel Sinai. Im Jahr 2005 zog sich das israelische Militär zwar aus dem Gazastreifen zurück, hielt die Blockade des Küstenstreifens jedoch aufrecht, während Israel weiterhin das Westjordanland besetzt hält und dort seit 1967 kontinuierlich Siedlungen errichtet. Diese Praktik steht im direkten Gegensatz zur vierten Genfer Konvention. Diese untersagt unter anderem die Deportation von Bewohner*innen in besetzten Gebieten durch die Besatzungsmacht sowie das Umsiedeln der eigenen Bevölkerung in besetzte Gebiete.

1970 lebten 1.514 israelische Siedler*innen in der West Bank. Heute sind es ca. 730.000 Siedler*innen. Gewalt durch Siedler*innen gehörte bereits vor dem 7. Oktober 2023 zum Alltag der palästinensischen Bevölkerung. Seit Oktober 2023 nimmt die Siedlergewalt enorm zu und wird durch das israelische Militär geschützt.



VII. ADMINISTRATIV- HAFT

Seit Jahrzehnten setzt Israel die Administrativhaft gezielt ein, um Menschen in Israel sowie in den illegal besetzten Gebieten zu bestrafen und einzuschüchtern. Angeblich dient diese Maßnahme der Bekämpfung sicherheitsgefährdender politischer Ansichten und Aktivitäten, wird jedoch meist ohne Begründung angewendet. Menschen werden ohne konkreten Tatvorwurf oder Anklage inhaftiert und es kommt nicht zu ordentlichen Gerichtsverhandlungen. Besonders alarmierend ist, dass selbst Kinder ab 12 Jahren von dieser Praxis betroffen sind.

Administrativhaft bedeutet auch, dass eine Person ohne Gerichtsverfahren und ohne begangene Straftat festgehalten wird – lediglich auf der Annahme basierend, dass sie in der Zukunft einen Gesetzesbruch begehen könnte. Da diese Maßnahme als präventiv gilt, gibt es keine zeitliche Begrenzung. Die Inhaftierten werden auf Anordnung regionaler Militärkommandant*innen aufgrund geheimer Beweise festgehalten, die ihnen nie offengelegt werden. Diese Praxis lässt die Betroffenen in völliger Hilflosigkeit zurück: Sie sind mit unbekanntem Anschuldigungen konfrontiert, haben keine Möglichkeit, sich zu verteidigen, wissen nicht, wann sie freikommen, und werden weder angeklagt noch vor Gericht gestellt oder verurteilt.

Selbst vor Militärrichter*innen erfahren die Gefangenen nicht, was ihnen konkret zur Last gelegt wird. Jahr für Jahr werden auf diese Weise zwischen 500 und 700 Kinder inhaftiert. Aktuell befinden sich mehr als 3500 Palästinenser*innen in Administrativhaft. Da das Recht auf einen fairen Prozess und eine gerechte Justiz einen Grundpfeiler jeder Demokratie darstellt, muss klar festgehalten werden: Israel kann unter diesen Umständen nicht als Demokratie bezeichnet werden.

Für mehr Wissen: B'Tselem „*Administrative Detention*“ und Amnesty International. „*Israel und besetzte palästinensische Gebiete*“, 11. April 2024.

Defence For Children International „*Childhood in captivity: Palestinian children arbitrarily detained in Israeli prisons*“, 26. Juli 2023.

**VIII.
DIE DEUTSCHE
BETEILIGUNG
AM GENOZID**

Das Töten durch die israelische Armee wurde bereits vor dem 7. Oktober 2023 von Deutschland unterstützt und noch heute beteiligt sich die Bundesrepublik durch die Lieferung von Waffen. Deutschland ist mit 47% aller israelischen Waffenexporte der zweitgrößte Waffenlieferant nach den USA. Insgesamt kamen zwischen 2019 und 2023 30% der Israel zur Verfügung stehenden konventionellen Waffen aus Deutschland.

Aufgrund dieser Rolle Deutschlands wurde die Bundesrepublik am 1. März 2024 vor dem internationalen Gerichtshof wegen der Beteiligung an einem Genozid unter der internationalen Genozidkonvention vom Staat Nicaragua angeklagt. Diese Vorwürfe wurden bestritten, angeblich verringerten sich die Mengen an Waffenexporten seit Beginn des Jahres. Im letzten Jahr bewilligte die deutsche Regierung Waffenexporte an Israel im Wert von 326.5 Millionen Euro, wobei 20 Millionen Euro davon spezifisch für Kriegswaffen ohne jeglichen Verteidigungscharakter vorgesehen waren.

Im Juli 2024 wurden minimale Exporte im Wert von 35.000 Euro genehmigt. Trotz der symbolischen Verringerung deutscher Rüstungsexporte unterstützt Deutschland, auch nach zahlreichen dokumentierten Kriegsverbrechen, weiterhin ideell und politisch die faschistische Regierung Netanjahus. Die Unterstützung manifestiert sich durch die Reproduktion israelischer Narrative, das unkritische Verhältnis zu israelischen Militärangaben und die Marginalisierung pro-palästinensischer Stimmen in Deutschland, Letztere äußert sich durch Polizeigewalt auf Demonstrationen, die rechtswidrige Einschränkung der Versammlungsfreiheit, Betätigungsverbote, sowie Hausdurchsuchungen und willkürliche Festnahmen.

SO KÄMPFT DEUTSCHLAND IN ISRAEL MIT:

2

**KORVETTEN DER SA'AR 6
KLASSE VON THYSSEN-
KRUPP MARINE SYSTEMS**

10

**TORPEDOS FÜR DIE IN
DEUTSCHLAND GEBAUTEN
„DOLPHIN“ – U-BOOTE**

60

**DIESELMOTOREN FÜR GEPAN-
ZERTE MANNSCHAFTS-
TRANSPORTWAGEN**

3000

**TRAGBARE PANZERABWEHRWAFFEN („MATADOR“)
VON DYNAMIT NOBEL DEFENCE, ENTWICKELT
VON DEUTSCHLAND UND SINGAPUR**

500.000

SCHUSS MUNITION

500.000

SCHUSS PANZERMUNITION

GENEHMIGUNG FÜR DEN
EINSATZ ZWEIER „HERON
TP“ KAMPFDROHNEN

ZÜND- UND TREIBLADUN-
GEN FÜR MUNITION UND
ANDERE WAFFENTYPEN

HAMBURGS ANTEIL AN DEN DEUTSCHEN RÜSTUNGSGESCHÄFTEN

Recherche der Gruppe ALL FOR PALESTINE HAMBURG

Die Hamburger Werft Blohm+Voss baut militärische Schnellbote, die an Israel geliefert werden. Siemens Solutions baut an einem unbekanntem Standort Antriebe und Maschinen für Kriegsschiffe, welche auch an die IDF geliefert werden. Des Weiteren produzierte der maritime Rüstungskonzern Thyssen- Krupp Marine Systems auf Grundlage einer deutschen Korvettenklasse die vier Schiffe der Sa`ar-6-Klasse, welche bis 2023 gebaut wurden und mit 115 Millionen vom deutschen Staat bezuschusst sind (ca. 1/3 der Gesamtkosten).

Ein Teil der Planung könnte am hamburger Standort erarbeitet worden sein. Die maritime Rüstung stellt den Großteil der militärischen Unterstützung Deutschlands für Israel dar.

Doch auch in anderen Bereichen der Waffentechnologie verdient die deutsche Rüstungsindustrie an ihren Deals mit Israel. An zwei Standorten in und um Hamburg produziert Rheinmetall laut Rüstungsexportbericht Panzerfäuste, Munition, Treibladungen und Zünder für Waffen, Bauteile für die Luftabwehr, Kommunikationsausrüstung, militärische Lastwagen und Sicherheitsglas für die Lieferung nach Israel.

Nicht immer ist die materielle Unterstützung so offensichtlich wie in den oben genannten Fällen. Doch Krieg speist sich nicht nur aus Waffen, sondern aus der gesamten damit zusammenhängenden Infrastruktur. Die Firma MAN Energy Solutions baut Motoren für Schiffe und Fahrzeuge, die laut Tagesschau ebenfalls an Israel geliefert werden.

Die Ferchau Engineering GmbH kooperiert mit den genannten Firmen durch ihre Ingenieur*innen und IT- Berater*innen und beschäftigt in Hamburg Spezialist*innen für Waffenleitsysteme.

All diese Güter durchlaufen auf ihrem Weg nach Gaza zahlreiche Knotenpunkte der imperialistischen Geografie. Einer dieser Knotenpunkte befindet sich nur einige hundert Meter von uns entfernt – der Hamburger Hafen. Als größter deutscher Hafen hat er nicht nur eine besondere Bedeutung für die zivilen Exporte Deutschlands, sondern auch für Waffenexporte.



Port of Hamburg

IX.

APARTHEID

Apartheid ist das Afrikaans-Wort für „Andersartigkeit“ und bezeichnet ursprünglich das System der Rassendiskriminierung, das in Südafrika bis 1994 bestand. Die Essenz eines Apartheid-Systems ist es, durch rassistische Politik ein politisches System zu erzeugen, das die Dominanz einer Gruppe über eine andere Gruppe sicherstellt. Apartheid ist nach dem Internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (1973) verboten und in Artikel 7 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs definiert. Israel bedient sich diverser Praktiken und Strategien, die durch die UN-Apartheid-Konvention verboten sind, darunter:

Für mehr Wissen: War on Want „Israeli apartheid factsheet“, 31. August 2021.

Amnesty International „Israel’s Apartheid against Palestinians“, 01. Februar 2022.

- Anwendung unterschiedlicher Standards im Rechtssystem: ein Zivilgesetz für Israelis und ein Militärgesetz für Palästinenser*innen
- Vertreibung von Palästinenser*innen, um Platz für illegale israelische Siedlungen zu schaffen
- Verhinderung der Rückkehr von Palästinenser*innen nach Palästina, einschließlich der Aneignung des Eigentums (Boden und Häuser)
- Systematische und schwerwiegende Verweigerung der grundlegenden Menschenrechte der Palästinenser*innen aufgrund ihrer Identität
- Verweigerung des Rechts der Palästinenser*innen auf Freizügigkeit und freien Aufenthalt (insbesondere, aber nicht nur, in Gaza)
- Mord, Folter, unrechtmäßige Inhaftierung und andere schwerwiegende Formen des Entzugs der körperlichen Freiheit
- Verfolgung von Palästinenser*innen wegen ihres Widerstands gegen die Apartheid

X. LAGE IM LIBANON



Auch der Konflikt zwischen Libanon und Israel begann nicht im Oktober 2023. Libanon ist ein multiethnisches Land, das im Süden an das besetzte Palästina grenzt. Durch die Vertreibung von Palästinenser*innen durch Israel flohen viele Menschen in den Libanon, wo sich Mitte der 70er Jahre palästinensische Widerstandstrukturen bildeten. 1982 attackierte Israel in einem Angriffskrieg Stützpunkte der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im Südlibanon, dem Hauptsiedlungsgebiet schiitischer Libanes*innen. Luftangriffe und die Besetzung Beiruts töteten tausende Zivilist*innen und führten zu einer Resolution des UN-Sicherheitsrates, der einen unmittelbaren, vollständigen und bedingungslosen Truppenabzug Israels beinhaltete. Israel respektierte die Resolution nicht und besetzte stattdessen den Süden Libanons, sowie Teile Beiruts.

Die Besetzung hielt 18 Jahre an und endete mit dem Rückzug der israelischen Truppen 2000. Durch die Verletzung der Souveränität des Libanons formierte sich insbesondere während der Besetzung bewaffneter Widerstand gegen Israel, wie die Hizbollah.

2006 nahmen libanesische Widerstandsgruppen zwei israelische Soldaten gefangen, um Israel zu einem Gefangenenaustausch zu drängen. In Folge der Gefangennahme wurde der Libanonkrieg von 2006 entfacht, in dessen Zuge Israel diverse Kriegsverbrechen im Libanon beging.

Neben israelischen Minen und Streubomben, die auch nach dem Waffenstillstand Menschen töteten, kam es zu diversen ökologischen Katastrophen, wie die Ölpest im Mittelmeer.

Seit Oktober 2023 liefern sich die Hisbollah und die israelischen Streitkräfte an der Grenze zwischen dem Südlibanon und dem Norden der Besatzungsmacht heftige Gefechte. Die Gewalt eskalierte dramatisch, als Israel am 18. und 19. September koordinierte Pager- und Walkie-Talkie-Explosionen in Beirut und anderen Teilen des Libanon auslöste, bevor es am 23. September einen umfassenden militärischen Angriff startete. Bei Pagern und Walkie-Talkies handelt es sich um Alltagsgegenstände, die wegen erhöhtem Risiko für unwissende Zivilisten laut geltendem Völkerrecht nicht als Waffen eingesetzt werden dürfen, auch, wenn sie von Kombattant*innen genutzt wird.

Bis heute sind mehr als 3.002 Menschen getötet und Tausende verwundet worden.

Nach Angaben der libanesischen Katastrophenschutzbehörde wurden durch die Gewalt mehr als 104.000 Menschen vertrieben, zusätzlich zu den mehr als 112.000 Menschen, die in den Monaten zuvor durch die Kämpfe vertrieben wurden. Insgesamt sind 1,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Viele sind ohne Hab und Gut aus ihren Häusern geflohen und müssen nun in Notunterkünften, darunter auch Behelfsunterkünften wie Schulen, um grundlegende Ressourcen, wie z.B. Lebensmittel und Decken, kämpfen.

Der Libanon befand sich bereits vor Beginn der Eskalation in einer schweren humanitären und wirtschaftlichen Krise, in der zwei von drei Menschen in Armut leben und das überlastete Gesundheitssystem zunehmend an seine Grenzen gerät.

Für mehr Wissen: Doctors Without Borders "*What's happening in Lebanon?*" 27. September 2024

Verfassungsblog "*Was sagt das Völkerrecht zu den Pager- und Walkie-Talkie-Explosionen?*", 27. September 2024

Action On Armed Violence "*Lebanon: At least 4,285 casualties recorded in Lebanon since 7 October 2023*", 20. September 2024

B'Tselem "*Israeli Violations of Human Rights of Lebanese Civilians*", Januar 2000.

XI. QUELLEN- VERZEICHNIS

Action On Armed Violence "Lebanon: At least 4.285 casualties recorded in Lebanon since 7 October 2023", 20. September 2024

ALL FOR PALESTINE via all4palestine @instagram

Amnesty International „Israel's Apartheid against Palestinians“, 01. Februar 2022.

Amnesty International „Israel und besetzte palästinensische Gebiete 2022“

Amnesty International „State-backed deadly rampage by Israeli settlers underscores urgent need to dismantle apartheid“, 22. April 2024.

Amnesty International „Weitere Belege für Kriegsverbrechen in Gaza: 44 Zivilpersonen durch israelische Luftangriffe getötet“, 27. Mai 2024.

B'Tselem "Israeli Violations of Human Rights of Lebanese Civilians", Januar 2000.

B'Tselem „Administrative Detention“ und Amnesty International. „Israel und besetzte palästinensische Gebiete“, 11. April 2024.

Defence For Children International „Childhood in captivity: Palestinian children arbitrarily detained in Israeli prisons“, 26. Juli 2023.

Deutscher Bundestag. Dokumentation WD 5 – 3000 – 004/24. Deutsche Rüstungsexporte nach Israel.

Doctors Without Borders „What’s happening in Lebanon?“
27. September 2024

Handicap International „Gaza: Enormer Anstieg an Menschen mit Behinderung erwartet – Versorgung für amputierte Menschen extrem schwierig“, 05. April 2024.

Human Rights Watch „Aushungerung als Kriegswaffe in Gaza eingesetzt“, 18. Dezember 2023.

Integrated Food Security Phase Classification (IPC) „Famine Review Committee: Gaza Strip“, 01. März 2024.

International Crisis Group „Stemming Israeli Settler Violence at Its Root“, 06. September 2024.

Michael Brenner. Geschichte des Zionismus. 2002.

United Nations „Onslaught of violence against women and children in Gaza unacceptable: UN experts“, 06. Mai 2024.

Verfassungsblog „Was sagt das Völkerrecht zu den Pager- und Walkie-Talkie-Explosionen?“, 27. September 2024

War on Want „Israeli apartheid factsheet“, 31. August 2021.

WDR „Folter-Vorwürfe: Inside Israels Haftlager“, 23.05.2024.

**ONE YEAR
GENOCIDE**



**ONE YEAR
RESISTANCE**